Wie reagiert die deutsche Landwirtschaft auf gesellschaftliche Veränderungen und wirtschaftliche Herausforderungen?

Wie reagiert die deutsche Landwirtschaft auf gesellschaftliche Veränderungen und wirtschaftliche Herausforderungen?

Bleser erläutert Weichenstellungen der Landwirtschaftspolitik auf der Winterschulung der Agrargenossenschaften
Auf der Winterschulung der Agrargenossenschaften in Paaren im Glien (Brandenburg) hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Peter Bleser, am Montag mit rund 100 Teilnehmern über die Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland diskutiert. "Die Bundesregierung legt großen Wert auf eine leistungsfähige und nachhaltige Landwirtschaft. Dafür setzen wir uns auf nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich ein", betonte Bleser. "Wir wollen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft weiterhin positiv entwickeln kann", so der Staatssekretär.
Vor allem Fragen des Tierwohls und Umweltaspekte nahmen großen Raum bei der Veranstaltung ein. "Das sind Themen, die in der Gesellschaft kritischen Wiederhall finden. Hier müssen wir die Gesellschaft mitnehmen. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher befürchten, dass in größeren Betrieben Abstriche beim Umwelt- und Tierschutz gemacht werden. Dass das nicht der Realität entspricht, ist vielen nicht bekannt", sagte Bleser im Hinblick auf die aktuelle Diskussionen um die moderne Landwirtschaft.
Handlungsbedarf bestehe laut Bleser dennoch. Als ein Beispiel nannte er die vor kurzem vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) gestartete Tierwohlinitiative, die unter dem Motto "Eine Frage der Haltung - Neue Wege für mehr Tierwohl" steht. Ziel der Initiative ist es, die Haltungsbedingungen für landwirtschaftliche Nutztiere weiter zu verbessern und noch stärker an die Bedürfnisse der Tiere anzupassen. Die vorgelegten Eckpunkte beinhalten ein umfangreiches Maßnahmenpaket, deren Schwerpunkt auf der Nutztierhaltung liegt. "Wir wollen uns am Wohl des einzelnen Tieres orientieren. Gemeinsam mit allen Beteiligten muss es uns gelingen, praktikable Konzepte zu entwickeln, damit wir so rasch wie möglich etwa auf nicht-kurative Eingriffe wie das Schwänzekupieren bei Ferkeln, das Enthornen bei Kälbern oder das Schnabelkupieren bei Legehennen verzichten können", erklärte der Staatssekretär. "Dabei muss die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Nutztierhaltung im Vordergrund stehen. Eine Produktionsverlagerung in Länder mit niedrigem Tierschutzniveau hilft den Tieren nicht", so Bleser.
Auch in Bezug auf die Umwelt, so Bleser, sind Anpassungen notwendig. "Richtig angewendet, führen Düngemittel die mit der Ernte entzogenen Nährstoffe dem Boden wieder zu und Pflanzenschutzmittel sichern die Qualität der Ernte. Aber mit Blick auf den Zustand der Gewässer müssen wir unsere Anstrengungen fortsetzen." Eine ernst gemeinte Auseinandersetzung müsse die Bereitschaft zu Veränderung einschließen, betonte der Staatssekretär und fasste zusammen: "Deutsche Lebensmittel und Agrarprodukte haben weltweit ein gutes Image bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Diesem Ruf wollen wir auch zukünftig gerecht werden."

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)
Rochusstraße 1
53123 Bonn
Telefon: +49 22899 529-0
Telefax: +49 22899 529-3179
Mail: poststelle@bmel.bund.de
URL: http://www.bmel.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=579910" width="1" height="1">

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

53123 Bonn

bmel.de
poststelle@bmel.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

53123 Bonn

bmel.de
poststelle@bmel.bund.de

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaftist innerhalb der Bundesregierung zuständig für verbraucher- und ernährungspolitische Fragen, die Lebensmittelsicherheit und das Veterinärwesen, den Tierschutz, Regelungen im Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugung und der Marktpolitik, Angelegenheiten des ländlichen Raums, der agrarsozialen Sicherung sowie der Forst- und Fischereipolitik.